



Regierungsratsbeschluss vom 02. Juli 2024

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF,
Änderung der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäfts-
räumen (VMWG); Vernehmlassung

P240506

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf ans BWO.

Begründung

Der Regierungsrat bezieht in seinem Schreiben an das BWO Stellung zu den vom Bundesrat vorgeschlagenen mietzinsdämpfenden Massnahmen. Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass die Massnahme der Ergänzung des Mietzinserhöhungsformulars um die möglichen Einwände zum übersetzten Ertrag und der orts- und quartierüblichen Mietzinse eine unübliche Verpflichtung darstellt, deren Mehrwert als mietzinsdämpfende Massnahme minimal erscheint. Das vorgeschlagene Verbot der pauschalen Berücksichtigung von Kostensteigerungen würde die Lösungssuche zwischen den Mietparteien einschränken. Bezüglich Anpassungen beim Teuerungsausgleich und zur Transparenz im Anfangsmietzinsformular folgt der Regierungsrat dem Vorschlag des Bundesrates und befürwortet die Massnahmen.

